

Radikaler Eingriff ins Grundgesetz

10.02.2006, 11:36 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *DIE LINKE im Bundestag*

Thema: Demonstrationsrecht / Innenminister Sachsen

Datum: 10. 02. 2006

Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) will Anmelder „radikaler“ Demonstrationen an Polizeikosten beteiligen. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Es gibt ekelhafte Aufmärsche, allemal von der NPD und weiteren rechtsextremistischen Kameradschaften. Sie sind eine permanente Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft.

Man bekämpft den Rechtsextremismus aber nicht, indem man das Demonstrationsrecht beschneidet oder nach Gut dünden zuteilt. So würde das Demonstrationsrecht in sein Gegenteil verkehrt. Das wäre ein radikaler Eingriff ins Grundgesetz und in verbriefte Grundrechte, auch in Sachsen.

Portrait

Petra Pau

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 710 95

Fax: ?(030) 227 – 700 95

E-Mail: petra.pau@bundestag.de

News-ID: 76694 • Views: 1542 (Stand: 31.05.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/76694/Radikaler-Eingriff-ins-Grundgesetz.html>